

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Druck bei C. Hertz (Herrn Buchdruckerei) (Inhaber D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Neuenbürg, Montag, den 28. Januar 1924.

Nr. 23.

82. Jahrgang.

## Deutschland.

### Aus dem Finanzministerium.

**Stuttgart, 25. Jan.** Der Finanzminister hat heute die Debatte über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Schuldverschreibungen zu Ende. Die Abg. Baugle und Wenzel beantragten, die Eingabe dem Staatsministerium in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß in allen Fragen der Geldentwertung der Grundsatz von Treu und Glauben, der eine billige Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Gläubigers und Schuldners in sich schließt, den geldgeberischen Maßregeln zu Grunde gelegt wird. Durch die Abg. Andre und Schief war zunächst ein Antrag eingebracht worden, der aber zu Gunsten des folgenden Antrags Andre wieder zurückgezogen wurde: Das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß 1. ein gesetzliches Verbot im Sinne des Verbots der Aufwertung von Schuldverschreibungen unterbleibt, vielmehr in der Form eines Gesetzes die Grundzüge und das Ausmaß der Aufwertung in gegenwärtiger und späterer Zeit festgelegt werden; 2. die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen. An diese Anträge schloß sich eine längere Auseinandersetzung, in die auch wiederholt der Justizminister eintrat. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Baugle mit 7 Ja gegen 6 Enthaltungen und 4 Nein abgelehnt. Der erste Teil des Antrags Andre, der ein gesetzliches Verbot im Sinne des Verbots der Aufwertung von Schuldverschreibungen vorschlug, wurde einstimmig, der zweite Teil mit 10 Ja bei 7 Enthaltungen angenommen, desgleichen Ziffer 2, so daß der Antrag Andre als Ganzes angenommen ist.

Sodann wurde ein Schreiben des Ministeriums des Innern mitgeteilt, worin eine Erhöhung der in Kap. 16 Titel 11 des Etats veranschlagten Mittel für die politische Polizei gefordert wird. In der Begründung wurde dargelegt, daß in letzter Zeit sich geradezu erschreckende Einbrüche in ein weitgehendes, auf raffiniertere Weise ausgeübtes und auf Durchführung des Unsturzes angelegtes System geboten haben, das die antwortungsbereite Tätigkeit der kommunistischen Partei zur Vermeidung des Staates in seinem derzeitigen Bestand erkennen lasse. Die außerordentliche Gefahr, die hier drohe, verläufe nicht nur Deutschland und Rußland, sondern ganz Europa und die Kraft der konzentrierten Anstrengungen gegenüber Deutschland dürfe nicht unterschätzt werden. Seitens eines Regierungsvertreters wurden interessante Einzelheiten über fabrikmäßige Waffenherstellung durch die Kommunisten in einzelnen Betrieben mitgeteilt. In einem Betrieb wurden allein 1400 Dampfgewehre beschlagnahmt. Die Mengen des abgenommenen Sprengstoffes sind enorm. Außerdem wurden über die Spionage in Deutschland und auch in Württemberg interessante Aufschlüsse gegeben. Ein Redner der Sozialdemokratie wandte sich trotz dieser Mitteilungen gegen die Bewilligung weiterer Mittel für die Wieder der politischen Polizei. Ein Redner des Zentrums trat wieder für ein und betonte, daß auch die Arbeiterpartei ein Interesse daran habe, daß derartige politische Verbrechens des Landwesens geendet werde. Ein weiterer Sozialdemokrat erklärte die materielle Verschönerung der Regierungsförderung an, erklärte aber, aus politischen Gründen dagegen stimmen zu müssen, weil die Polizei in Württemberg ihr Augenmerk zu wenig auf die rechtsradikalen Kreise richtete. Daraus wurde die Forderung der Regierung, die nur 500 Mark für das Jahr beträgt, gegen die sozialistischen Stimmen genehmigt.

### Der Freirechtsausschuß der Pfälzer.

**Berlin, 26. Jan.** Die Bürgermeister sämtlicher 43 Landgemeinden der Nordpfalz haben einen Entschluß, den sie in folgenden Worten niederschrieben: Wir erkennen die Regierung der autonomen Pfalz in Speyer nicht an. Diejenigen Bürgermeister, die eine Sozialistenerklärung an die sogenannte autonome Regierung abgegeben haben, erklären feierlich, daß sie diese Erklärung nur unter Zwang abgegeben, da ihnen mit Ausweisung, Beschlagnahme des Besitztums, Requisitionen und dergl. gedroht wurde. Ferner erklären sie feierlich, daß sie sich in Zukunft auch nicht mehr durch Androhung von Zwangsmaßnahmen zu einer solchen Erklärung herbeilassen werden.

### Ein Separatistenführer erschossen.

Donnerstagabend gegen 10 Uhr wurde der Separatistenführer Schlich aus Zell bei Obermerding erschossen. Er ist von acht Augen getroffen worden. Der Verdächtige trug selbst einen entschulten geladenen Revolver bei sich. Er war der Anführer der Separatistenbande in Hagen.

### Die Pfalz geschlossen gegen die Hochverräter.

Die Gemeinden der Nordpfalz trafen sich in einer Volksabstimmung mit über 90 Prozent der Stimmen gegen die Separatisten aus.

### „Wahlmollende Ermüdung“.

Barret Selzer in Offen, Leiter des Evans, Bezirksverbandes, eines völlig unpolitischen Unternehmens, wurde nach amonatelicher Dast von den französischen Verwaltungsbehörden ausgewiesen und an der Grenze abgesetzt. So geschähen 4 Monate nach Aufgabe des passiven Widerstandes, 4 Wochen, nachdem die Führer der rheinischen Freiwirtschaftlichen bei der Interalliierten Rheinlandkommission und bei General Depoutte wegen Aufnahme der Ausweisungen vorstellig geworden und mit der Aussicht auf „wohlwollende Ermüdung“ ihrer Wünsche heimgekehrt waren.

### Die Harzruhen in Sachsen.

Die Lage in Aus-Schwarzenberg ist wieder ruhig. Seit Mittwochabend haben sich weitere Vorfälle nicht mehr ereignet. Die Angabe, daß die Demonstranten bewaffnet waren, behauptet sich. Auf dem durch die Polizei gesäuberten Markt in Schwarzenberg wurden vorgefunden: 1 schwarze Dampfgewehr, ein entladener entschulter Revolver, ein Totschlüssel und Stahl.

## Troßlose Lage des deutschen Kohlenbergbaus.

**Berlin, 25. Jan.** Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichskohlenrates, der seit einem Jahre nicht mehr zusammengetreten war, stand heute als erster Punkt der übliche Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. Bergbaupräsident Benschold, der diesen als Geschäftsführer des Reichskohlenrates erstattete, führte u. a. aus, daß durch den Kohlenbruch auch eine unzulässige Schätzung der deutschen Kohlenförderung im Jahre 1923 verhindert worden sei. Sie hätte sich auf 82 1/2 Millionen Tonnen gegenüber 158 Millionen Tonnen im Vorjahr und 174 Millionen Tonnen im Jahre 1913 ohne Berücksichtigung der Grenzveränderungen belaufen. Die im letzten Jahr in erhöhtem Umfang notwendig gewordene Einfuhr an Steinkohlen und Koks im wesentlichen aus Großbritannien betrug in den ersten 11 Monaten 1923 rund 20 1/2 Millionen Tonnen. Um die deutsche Wirtschaft wieder vor Bezug fremder Kohlen unabhängig zu machen, sei es vor allem erforderlich, die Schichtzeit des Bergmanns wieder an die Vorkriegszeit anzunähern. Für alle Steinkohlenreviere seien die in diesem Sinne getroffenen Vereinbarungen bereits in Ausführung. Nebenbei geben müsse die weitestgehende Anwendung aller Mittel zur wirksamen Ausnützung der Betriebe. Der Redner gab weiter viele Zahlen über das starke Steigen der Kohlenförderung in dem in Frage kommenden Ausland und sagte in diesem Zusammenhang, daß die 1250 Millionen Hochpreisen, die aus dem Kohlenbruch nach Boinars Rechnung jährlich herausgedrückt werden sollten, illusorisch bleiben würden, wenn der Welt, wie er in den sogenannten Wirtungsverträgen sich zeige, auch in Zukunft die Vertragspartner bedrückte. Es müsse bestimmt erwartet werden, daß, wenn nicht schon bei den unsicheren vom Januar in den Februar verlegten Sachleistungen, so mindestens nach Ablauf der Wirtungsverträge Mitte April die Berücksichtigung des Bergbaus auf wesentlich andere Grundlage gestellt werden würde als bisher. Benschold wies zum Schluß daraufhin, daß die Unberechenbarkeit des Marktes eine größere Beweglichkeit der bisher fest für das gesamte Abnahmevereinbarungen der einzelnen Erzkohle einseitig festgesetzten Preise veranlasse. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach Ministerialrat Bruns über den Kohlenbedarf der Reichsbahn und sagte u. a., gestern sei von den maßgebenden deutschen Eisenwerkverwaltungen mitgeteilt worden, daß die Reichsbahn jetzt monatlich auf 750 000 Tonnen deutsche Kohlen rechnen könne. Da sich ihr Gesamt-Monatsbedarf auf rund 1 100 000 Tonnen beläuft, müßte der Kohlenbedarf weiter vom Auslande eingeholt werden. Hiergegen wolle die Reichsbahn in den Anforderungen an die Qualität der Kohlen bis zu der durch die Betriebsbehörden und die Wirtschaftlichkeit gezielte Grenze gehen. — Abgeordneter Hoffmann wies in seiner Rede insbesondere auf die starke Verobsoleszenz der Bergarbeiter hinzu und sagte, der Bergmann, der drei Schichten wöchentlich arbeite, habe nach Wegfall des Gehalts nicht mehr Einkommen als wenn er Eisenwerkunterstützung besäße. Die Förderung werde durch eine solche Entlohnung natürlich nicht gehoben. — In die Ausrede über den Verzicht Benscholds schloß sich ein Bericht der technischen und Wirtschaftsfachverständigen-Kommission des Reichskohlenrates über deren Tätigkeit im Jahre 1923. Nach einer kurzen Diskussion darüber wurde die Sitzung geschlossen.

### Die Steuererlässe im 2. Januarhefte.

Nach der Heberfakt über die Geldbewegung bei der Reichsbankstelle in der zweiten Januarwoche ergibt sich für diesen Zeitraum eine Summe der Ablieferung von 161,2 und für die Ausgabungen von 180,4, mithin ein Aufschußbedarf von 19,2 Trillionen Papiermark, zu dessen Deckung der Heberfakt der vorhergehenden Woche herangezogen wird. Damit erhöht sich der Aufschußbedarf seit 16. November 1923 auf 610 Trillionen Papiermark.

### Neuregelung der Auslandschäden.

**Berlin, 26. Jan.** In einer Protokollausfertigung der verdrängten Grenzland-, Kolonial- und Auslandsdeutschen, die gestern eine schier unübersehbare Menge nach dem Nischenaal des Reichertvereinsbeschlusses geführt hatte, konnte am Schluß Geheimrat von Tilly, einer der bekanntesten Führer der Auslandsdeutschen, erklären, soeben die Ermächtigung zu folgender Mitteilung erhalten zu haben: Die Reichsregierung zieht die A-Schadenverleugnungen zurück. Dafür wird die Reichsregierung für jede Forderung Schadenersatz ausstellen, welche in Goldmark zahlbar sind. Am 1. Oktober 1924 wird ein Viertel jeder Forderung zu pari mit 100 Goldmark, am 1. April 1925 ein weiteres Viertel mit 100 Goldmark, am 1. Oktober 1925 ein Viertel mit 110 Goldmark, das restliche Viertel am 1. April 1926 mit 115 Goldmark eingezahlt. Alle Verträge bis 500 Goldmark, sowie die Zinsbeträge werden sofort in bar bezahlt. Die Regelung hat rückwirkende Kraft.

### Die 20prozentige Reparationsabgabe für England.

Nachdem die Verhandlungen der ausländischen englischen Stellen mit deutschen Vertretern über die Einstellung der deutschen Zahlungen für die 20prozentige Reparationsabgabe für England resultlos verlaufen sind, haben sich führende Männer der Londoner City an die englische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, im Interesse des britischen Handels auf diese Abgabe zu verzichten.

### Ausland.

**Rom, 26. Jan.** Für die Armen Deutschlands spendete der Papst eine Million Lire. Bei der Verteilung dieser Summe

## Paris, 26. Jan.

In der französischen Deputiertenkammer kam es zu einem heftigen persönlichen Zusammenstoß zwischen Pointe und Tardieu.

### Holland und die deutsche Kapitalflucht.

Auf die Anfrage des kommunistischen Kammermitglieds Dr. Ravenstein, ob die Regierung bereit sei, Mitteilungen über die in Holland deponierten deutschen Kapitalien zu machen, antwortete der Finanzminister, daß er über diese Sache kein viel Angaben besäße. Solche Angaben zu sammeln sei nur möglich auf Grund eines besonderen Befehls. Er finde keine Ursache, einen in derartigen Vollmachten erteilten Befehl auszuführen, der die Kammer zu bringen.

### Wachsende Teuerung in Frankreich.

Mit dem Fall des Franken wächst in Paris der Druck der Teuerung, eine Erfindung, die wir ja sehr gut aus eigener Erfahrung kennen. Infolgedessen sind auch Teuerungskundengängen in Paris nicht weniger. Die Pariser Gewerkschaften wandten dabei dieser Tage ein eigenartiges Verfahren an. Sie mieteten vier große Karos und ließen sie durch die Arbeiterviertel fahren. Die Wagen waren mit Arbeitern besetzt, die fortwährend lärmten und sangen und große Plakate mit den Preisen für Brot, Zucker und anderen notwendigen Lebensmitteln zur Schau trugen. Auf dem einen Plakat stand die Aufschrift: Die Pariser müssen 2 Sous für einen Korb voll zahlen, den die Baner für 5 Sous verkaufen. Wegen Mittag führen die Wagen vor der Arbeitsschleife vor, und zwar mit einem großen Gefolge, das sich ihnen mittelmäßig angeschlossen hatte.

### Der Inhalt des französisch-schweizerischen Vertrages.

**Paris, 26. Jan.** Zur Unterzeichnung des französisch-schweizerischen Bündnisvertrages wird durch Douas folgende offizielle Mitteilung veröffentlicht: Der gestern vormittag unterzeichnete französisch-schweizerische Vertrag ist ein Bündnis- und Freundschaftsvertrag. Geleitet von dem Grundsatz, den der Völkerverbund hinsichtlich gegenseitiger internationaler Garantien aufgestellt hat, erklären die beiden Länder, sich um die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa bemühen, sowie der gegenwärtigen rechtlichen und politischen Ordnung Europas, wie sie durch die Friedensverträge festgelegt ist, treu bleiben zu wollen. Die beiden Mächte geben die Erklärung ab, daß sie bereit sind, sich über die auswärtigen Fragen, die dazu angetan sind, ihre Sicherheit in Gefahr zu bringen, ins Benehmen zu setzen und sich über die im Falle der Gefahr zu treffenden Maßnahmen zu verständigen. Sie beabsichtigen, daß sie den in Artikel 25 des Vertrags von Saint Germain ausgedrückten politischen Grundgedanken treu bleiben wollen und eine gemeinsame Haltung gegenüber jedem Verstoß einer Reparation der Hohenzollern und Soudburger einzunehmen wünschen. Der Vertrag wird gemäß Artikel 18 der Völkerverbundung dem Völkerverbund mitgeteilt werden.

### Folgen des englischen Eisenbahnstreiks.

Aus London wird gemeldet: Eine der Folgen des Eisenbahnstreiks ist die plötzliche Umwandlung der Eisenbahnstrecken der Güter in riesige Schlachtfelder. Wie waren in London Karren und Viehstände so ein gefährlicher Artikel wie diesmal. Arbeiter, Angehörige und Weis ziehen es vor, in ihren Bürosräumen zu schlafen, um den Ritten der Streikzüge zu entgehen. Am zweiten Streiktage hatte eine riesige Kohlenkammer eingelegt. Im Publikum verbreitete sich ein Gerücht, monach in Folge Ausfuhr großer Kohlenmengen London ohne Kohlen bestände. Die Folge der Dampfer war, daß nachmittags bereits viele Kohlenhändler „ausverkauft“ waren. Die Mischlinge aus der Umgegend konnten, wenn auch mit großen Verdächtigungen, nach London gebracht werden, so daß die Stadt vorläufig nicht an Mischmangel zu leiden hat.

### Optimistische Neuierungen Mac Kennan.

**London, 26. Jan.** Mac Kennan hat auf der gestrigen unter seinem Vorsitz abgehaltenen Generalversammlung der Riblandbank erklärt, er sei soeben aus Paris zurückgekommen und er freute sich, sagen zu können, daß die in Paris vertriehten Arbeit seiner Ansicht nach erfolgreich sein werde und daß das Ergebnis des Berichtes des Untersuchungsaußenbüros, wenn sich seine Hoffnung erfüllen sollte, zu einer Abänderung der Mentalität in der Behandlung der Reparationsfrage führen werde, was unentbehrlich sei, um einen dauernden Frieden zu schaffen.

### Lord Grey über den Völkerverbund.

**London, 26. Jan.** Lord Grey erklärte in der gestrigen Rede in London über den Völkerverbund nach Europa treibe in den alten Zustand zurück, der vor dem Kriege herrschte, und gebe sicher in der Richtung auf einen künftigen Krieg. Die Völkerverbundpolitik würde dieses Terrain verhindern. Wenn dieser Frieden aufrechterhalten werden solle, so müßten sich die Völker sicher fühlen. Sie glaubten früher, daß sie sich durch große Mühen sichern könnten. Die Lehre der Vergangenheit zeigte, daß dies nicht der Fall sei, sondern eine gefährliche Lage erzeuge, die zum Kriege führe. Frankreich verliere jetzt Sicherungen zu erhalten, indem es sich auf seine eigenen Mühen verlaße und andere Nationen bewohne, von denen es Bestand erhoffe. Dies sei die alte Politik, die nicht gesichert sei. Er glaube nicht, daß das englische Volk sich auf separate Verträge einlassen werde, die es dazu verpflichten, einen Krieg unter Umständen zu führen, die es nicht voraussehen könne. Das Beste, was er sage, sei, daß Deutschland dazu veranlaßt werden könne, die Völkerverbundung zu unterzeichnen, ebenso wie dies Frankreich und England getan hätten. Dann glaube er, könne England in der Stellung gelangen, daß, wenn Frankreich und Deutschland beide die Völkerverbundung verließen, es nicht mit irgendeinem von ihnen zu tun haben werde. Wenn aber eine der Mächte die Zugaben verleihe und die andere zu

Der roten Mittelort.

Das rote Mittelort.



...schonmal keine gute Kunde...

27. Jan. Ungewöhnliche...

...der letzten berichtet die...

...den Abbau.) Die demokratischen...

...Bermählung im Königl. Hof...

...iner Demonstration auf dem...

...Handel und Verkehr.

...Stuttgart, 25. Jan. (Börsenbericht.)...

...Biberach, 25. Jan. (Friedmarkt.)...

...Winnenden, 26. Jan. Dem Schweinemarkt...

...Weidmarkt. Alle Stände und Erwerbszweige...

...Börse. Die Tendenz im Börsenverkehr...

Millionen Mark und 3500 Dollarscheine...

**Vermischtes.**

Zwei dreifache Raubmorde verhaftet. In Bayern waren...

In Rot. Frau Jannemann, die Mutter des berühmten...

Tragödie am Weintisch. In Straßburg i. E. hat sich ein...

Schwindelhaftes Bankunternehmen. Die Wiener Wirt...

Sehung versenkter Schiffe im nördlichen Eismeer. Wäh...

**Handel und Verkehr.**

Stuttgart, 25. Jan. (Börsenbericht.) An der Börse...

Biberach, 25. Jan. (Friedmarkt.) Zuführt waren...

Winnenden, 26. Jan. Dem Schweinemarkt waren 80...

Weidmarkt, 26. Jan. (Viehmarkt.) Zuführt: 32 Ochsen...

**Wirtschaftliche Nachrichten.**

Weidmarkt. Alle Stände und Erwerbszweige des...

Börse. Die Tendenz im Börsenverkehr ist andauernd...

Messscholle der letzten Taktchen bebrückt...

Produktenmarkt. Die Abkühlung der Tendenz...

Warenmarkt. Das Geschäft ist still. Selbst das Brot...

Solamarkt. Brennholz wird nach wie vor ungenügend...

**Neueste Nachrichten.**

München, 28. Jan. Nach 5jähriger Bauzeit ist die...

Berlin, 27. Jan. Auf der Havel bei Schildhorn brach...

Berlin, 27. Jan. Wie die „Montagspost“ aus Elber...

Hamburg, 28. Jan. Nach Mitteilungen der Staatlichen...

Mitau, 27. Jan. Nach 2monatigem, schwerem Leiden...

Rom, 27. Januar. Die heute unterzeichneten Verträge...

Paris, 27. Jan. Wie der „Newport Herald“ berichtet...

Ropenhagen, 28. Jan. Auf den zugefrorenen Ozean...

Rom, 27. Jan. Der Vertrag zwischen Italien und Süd...

Paris, 27. Jan. Durch ein „Journal Officiel“ veröf...

Werbung versichert man in politischen Kreisen...

London, 27. Jan. Meuter meldet aus Tokio: Heute wurde...

Newport, 28. Jan. Nach einer Meldung aus Shantown...

**Sur Frage der Beamtengehälter.**

Stuttgart, 27. Jan. Der württ. Beamtenbund hat folgend...

**Meutere der Separatisten.**

Speyer, 26. Jan. Am Donnerstagabend meuterte die sepa...

**Brandstiftungen der Separatisten.**

Rheinland-Pfalz, 26. Jan. Helfern drangen sieben Se...

**Ueberraschende Unterredung Poincares mit dem belgischen Außenminister.**

Paris, 27. Jan. Ministerpräsident Poincare hat heute nach...

Paris, 28. Jan. Der Unterredung, die gestern nachmittag...

